

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111

Druckort: Dresden
Druck: Carl Neubauer
Druckerei: Carl Neubauer
Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111

Verlag: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Dresden, Poststr. 11
Telefon: 1111

Großer Verkehrsstreik in Berlin Straßenbahn, Hochbahn und Omnibus feiern

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Nov. Das die Reichshauptstadt seit den ersten Nachkriegsjahren nicht mehr erlebt hat, eine vollkommene Stilllegung der öffentlichen Verkehrsmittel durch Streik, ist heute wieder Tatsache geworden. Die Bevölkerung wurde auf das unangenehmste überrascht, weil eine Streikparole der kommunistischen roten Gewerkschaftsorganisation, die gegen Mitternacht ausgeben wurde, zur

Stilllegung des gesamten Straßenbahn-, Untergrundbahn- und Autobusverkehrs

fährte. Mehrere Tausende von Fahrern, Schaffnern und Arbeitern hatten den Streik abgelehnt. Sie konnten zwar ihre Bahnhöfe und Werkstätten betreten, aber nicht ausfahren, weil Streikposten und zahlreiche Arbeitslose die Ausgänge der Bahnhöfe besetzt hielten. Es gelang zwar, einige wenige Straßenbahnwagen in Betrieb zu bringen, jedoch mussten diese nach kurzer Zeit zurückgezogen werden, weil sie von den Streikenden am Weiterfahren gehindert wurden. Dem Streik, der für die Berliner Bevölkerung um so unangenehmer ist, als sie genötigt wurde, bei dem Regenwetter stundenlang auf Fußwegen zurückzulegen, um an die Arbeitsstätte zu gelangen, liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Vor etwa einem Monat beantragte die Berliner Verkehrsgesellschaft eine Erhöhung der Löhne des Betriebspersonals um 20 Pf. pro Stunde. Die Gewerkschaften lehnten es ab, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Die Berliner Verkehrsgesellschaft zog nun ihren Antrag zurück und schlug eine Kürzung der Stundenlöhne um 2 Pf. vor, um so eine Vorkasse zu schaffen, die etwa der bei den übrigen öffentlichen Werken entspricht würde. Die Belegschaft sollte durch eine Urabstimmung selbst entscheiden, ob sie sich mit einer solchen Regelung einverstanden erklärte. Es wurde vereinbart, dass sich mindestens zwei Drittel der Belegschaft für einen Streik aussprechen müssten, wenn er von den Gewerkschaften gebilligt und unterstützt werden sollte. Von den rund 22 000 Beschäftigten der Berliner Verkehrsgesellschaft haben sich bei der am Mittwochabend stattgefundenen Urabstimmung rund 14 000 Mann für den Streik und gegen die Lohnkürzung erklärt. Die Mehrheit von zwei Dritteln aller Beschäftigten war also nicht erreicht. Die rote Gewerkschaftsopposition stellt sich aber auf den Standpunkt, dass der Streik beschlossen sei, weil rund 18 000 Personen an der Abstimmung teilgenommen hätten und der größte Teil derselben, die der Abstimmung ferngeblieben wären, Kranke und Urlaubler seien. Die Gewerkschaften haben sofort nach dem Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses erklärt, einen Streik nicht anzuerkennen.

Die Gewerkschaften erklären sich auch anerkennend, die Streikenden zu unterstützen.

Das einzige Verkehrsmittel, dessen sich die Massen der Arbeiterklasse bedienen konnten, war lediglich die Stadt- und Ringbahn, die infolge dessen einen Ansturm von noch nicht dagewesenem Ausmaß zu verzeichnen hatte. Eine kleine Freude bedeutet der Streik lediglich für die Kraftfahrzeuge, die heute einen großen Tag hatten. Die Kraftfahrzeuge fahren schon zwischen 7 und 8 Uhr in endlosen Schlangen durch die Straßenbahn- und autobusfreien Straßen der Stadt.

Natürlich kam es bei dem ersten Charakter, den dieser ganze Streik hat, auch zu

Zusammenstößen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen.

Der erste Zwischenfall ereignete sich bereits in der vierten Morgenstunde im nördlichen Berlin, wo ein Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen wurde. Im Augenblick sieht es noch dahin, welche Möglichkeiten zur Beilegung der gerade für die Berliner Verkehrsverhältnisse untragbaren Schwierigkeiten gewählt werden. Zur Zeit rechnet man damit, dass der Streik mindestens einige Tage dauern und Verhandlungsmöglichkeiten sich erst ergeben würden, wenn die erregte Stimmung unter den Angehörigen der Berliner Verkehrsgesellschaft sich beruhigt haben. Ob ein Einsatz der Technischen Räte in Frage kommt, ist zur Zeit jedenfalls noch ungeklärt.

Nationalsozialistischer Aufruf für den Streik

Berlin, 3. Nov. Die nationalsozialistische Betriebszellenabteilung (BZ) von Groß-Berlin hat folgenden Aufruf erlassen: Die am 2. November stattgefundenen Urabstimmungen des Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft hat in einer überwältigenden Mehrheit den Streik gegen den neuen Lohnvertrag beschlossen. Die Direktion der BVG. versucht, durch diesen Lohnraub für wenige Wochen ihre Geldsorgen loszuwerden. Sie will, wie schon so oft, die früheren Schulden und die Mißwirtschaft des ehemaligen sozialdemokratischen Aufsichtsratsvorsitzenden Neuter und seines Parteifreundes Probst auf Kosten der Arbeitnehmer zu einem Teil wiederumsetzen. Darüber hinaus wird der Streik der BVG-Beschäftigten von nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen als wirtschaftlich berechtigt anerkannt. Es muß endlich einmal Schluss gemacht werden mit der ewigen Lohnkürzung. Auch die öffentliche Meinung der Berliner Bevölkerung ist für die im Streik stehenden BVG'er.

14 Tage Burgfriede nach der Wahl

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung ein mit dem Wahltag in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt. Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage vom 6. bis 19. November 1932 befristet. Zweck dieses Verbots ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt, und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die letzten Wochen erhöhte Ansprüche gestellt haben, eine Ruhe- und Erholungsperiode gegönnt wird.

Es ist durchaus verständlich, daß die Reichsregierung den Polizeibeamten nach dem Wahltag durch die neue Burgfriedensverordnung die wohlverdiente Ruhe gönnen will. Dabei scheint man aber in Berlin völlig vergessen zu haben, daß in Sachsen eine Woche nach der Reichstagswahl die Gemeindevahlen stattfinden. In dieser an und für sich sehr kurzen Frist kann man den Parteien nicht durch ein völliges Versammlungsverbot die Möglichkeit nehmen, ihre Vorbereitungen zu treffen und die kommunalpolitischen Gesichtspunkte vor der Öffentlichkeit zur Erörterung zu stellen. Es muß daher verlangt werden, daß für Sachsen bis zum 13. November eine Ausnahmeregelung eintritt.

Die sächsische Regierung erhebt Vorstellungen

Wie wir erfahren, ist der sächsische Regierung erst heute die Mitteilung zugegangen, daß eine solche Verordnung erlassen wird. Da am 13. November in Sachsen Gemeindevahlen stattfinden, ist die sächsische Regierung sofort beim Reichsministerium des Innern wegen einer Ausnahmebewilligung für die Zeit vom 6. bis 13. d. Monats vorstellig geworden.

Ergänzung der Steuergutschriftenverordnung

Berlin, 3. November. Im heutigen „Reichsanzeiger“ wird eine Verordnung zur Änderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutschriftenverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, die die Berechnung der Gutschriften vereinfacht, enthieltene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Übereinstimmung mit derjenigen der Tarifänderungsverordnung bringt. Zugleich mit dieser Verordnung wird die Bestimmung der Satz- und Kampagnegewerbe vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste Änderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekervereinen) in die Räte der Salzgewerbe.

Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahn

Leipzig, 3. Nov. Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten am Reichsgericht, Dr. Büniger, begann am Donnerstag das Wiederaufnahmeverfahren im Falle des Oberlagerverwalters der Berlin-Karlshof-Industriewerke, Walter Bullerjahn, der am 11. Dezember 1925 von demselben Senat unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Rosenthal wegen Landverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war.

Die Klage wird durch den Oberrechtsanwalt Dr. Werner persönlich vertreten. Für Bullerjahn ist Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld (Berlin) erschienen. Als militärischer Sachverständiger ist Major H. M. v. W. vom Reichswehrministerium anwesend. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam,

daß es sich hier keineswegs um eine politische Sache handle,

sondern nur darum, ob ein Mensch schuldig sei oder nicht. Die Frage sei dadurch neu aufgerollt worden, daß das Wiederaufnahmeverfahren für begründet erklärt worden sei.

Oberrechtsanwalt Dr. Werner beantragte für die ganze Dauer der Verhandlung den Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit. Das Gericht beschloß jedoch, der Senat habe es nicht für geboten, die Öffentlichkeit für die ganze Dauer des Prozesses auszuschließen. Er behalte sich jedoch vor, die Öffentlichkeit von Fall zu Fall auszuschließen.

Darauf wurde mit der Genehmigung Bullerjahns begonnen.

(Bei Schluß der Redaktion dauerte die Verhandlung noch an.)

Gertrud Bindernagel †

Berlin, 3. November. Die Opernsängerin Gertrud Bindernagel, die, wie erinnerlich, vor kurzem von ihrem Manne, dem Bankier Klinge, nach einer Aufführung in der Städtischen Oper in Berlin durch einen Revolveranschlag schwer verletzt worden war, ist heute nachmittags um 2.30 Uhr im Krankenhaus an Embolie gestorben.

Das „Niobe“-Unglück vor dem Kriegsgericht

Untersuchung, ob ein Verschulden vorliegt

Biel, 3. Nov. Heute früh begann pünktlich vor dem Kriegsgericht des Beschlusses der Aufklärungsstreitkräfte die Verhandlung gegen den Kommandanten des gesunkenen Segelschiffes „Niobe“, Kapitän Ruffus. Die Verhandlung wird geleitet von dem Marinekriegsgerichtsrat Schulz als Anklagevertreter amtierter Marinekriegsgerichtsrat Weller. Dem angeklagten Kommandanten stehen als Verteidiger ein Seeoffizier, Kapitänleutnant Rogge, und ein Jurist, Rechtsanwalt Rathje, zur Seite. Das Kriegsgericht setzt sich zusammen aus einem Marinekriegsgerichtsrat und zwei Beisitzern.

Die Anklage legt zunächst die Umstände dar, unter denen das Unglück stattfand.

Sie verweist darauf, daß eine strafrechtliche Verantwortung für den Wasserschiffers nicht in Frage kommt, da der Kommandant seit 1 1/2 Stunden an Deck war und die Schiffsführung in die Hand genommen hatte. Das Entschenden einer dunklen Wolkendecke über Neumark wurde von der Schiffsführung rechtzeitig beobachtet und sorgfältig verfolgt. Die Oberregel wurden geborgen. Für die Wache wurde Decksung ausgedehnt. Im übrigen wurde der übliche Dienst fortgesetzt, da benutzende Anzeichen nicht zu beobachten waren. Um 14.27 Uhr erfolgte plötzlich der Einfall einer Welle, die das Schiff in ganz kurzer Zeit nach auf Wasser drückte. Die sofortige gefährliche Schräglage hat den Verzug veranlaßt, das Schiff durch Ruderlegen aufzurichten. Nach dem Wenden und Einlen der „Niobe“ ist nichts veräußert worden in dem Bemühen, möglichst viele Besatzungsmitglieder zu retten. Das ruhige und Besonnen Verhalten der Besatzung und des Kommandanten bis zur Rettung der Überlebenden wird anerkannt.

Trotzdem bleibt zu prüfen, ob das Unglück zu vermeiden gewesen wäre

und besonders, ob dem Kommandanten irgendein Verschulden beizumessen ist. Nach dem Zeugnisauftritt und der Verteidigung der militärischen Richter werden die Personalien des Angeklagten verlesen. Aus einem Führungsausschnitt des Inspektors des Bildungswesens der Marine ist hervorzuheben, daß

Kapitänleutnant Ruffus bereits seit 1916 ununterbrochen auf kleinen Kriegsschiffen deren Führung ein besonderes Maß seemannischer Geschicklichkeit erfordert, Dienst getan hat.

Er hat eine größere Ausbildung für die Führung eines Segelschiffes erhalten, als alle seine Vorgänger.

Er war bereits 1 1/2 Jahr lang als Ausbildungsleiter auf der „Niobe“ gefahren, um anschließend im Frühjahr 1932 das Kommando des Schiffes zu erhalten. Ruffus galt als ein besonders pflichtgetreuer und gewissenhafter Offizier, der stets ein besonderes Augenmerk auf das Wohlergehen seiner Untergebenen wandte.

Als Kommandant, erklärte Kapitänleutnant Ruffus, trage er für alles, was auf dem Schiffe geschehen sei, die volle Verantwortung. Er gab dann eine ausführliche Darstellung von dem Unglück. Zum Schluß seiner Aussage erklärte er: „Ich fühle mich nicht schuldig. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen alle Maßnahmen getroffen, die mir als altem Seegler bei Gefahr möglich erschienen. Ich hatte keinen Grund, mehr Segel zu bergen, da ich nach meinen Erfahrungen hinter der aufkommenden Gewitterwolke nicht so viel erwarten konnte, als tatsächlich dahintersteckte. Es wird dann die Frage erörtert, wie viel Zeit verstrichen sei zwischen dem Einfallen der Welle und dem Augenblick, wo das Schiff als verloren anzusehen war. Kapitänleutnant Ruffus erklärte,

daß es sich um Bruchteile von Sekunden gehandelt habe.

Eine Reihe von Sachverständigen steht dem Gericht zur Verfügung, um über alle ausstehenden Sonderfragen Auskunft geben zu können. Man rechnet damit, daß die Verhandlung am morgigen Tage beendet ist.

Vor der Entscheidung über die Kontingente

Berlin, 3. November. Das Reichskabinett hat sich heute vormittag um 11.30 Uhr wieder versammelt, um die gestern begonnenen Beratungen fortzusetzen. Im Vordergrund der Beratungen steht die Kontingentsfrage. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett hierzu heute eine Entscheidung treffen wird.

Sagung der Reichsratsausschüsse

Vertrauliche Aussprache über den Konflikt

Berlin, 3. Nov. Im großen Reichsrats-Sitzungssaal trat heute vormittag der Reichsratsausschuss für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsminister Freiherr v. Gumboldt, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Göttscheiner und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Bredt und Wadt anwesend. Außer den Rändern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preussischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftsliste des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ertrag für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preussischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann.

Die Sitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin,

daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll.

In der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Hinblick auf die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt.

Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschüßung als auch die Konferenzen waren streng vertraulich; irgendwelche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Die Reichsregierung zur Heil-Erklärung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Nov. Die jüngsten Erklärungen, die der bayrische Ministerpräsident Dr. Held am Mittwochabend in einer Pressekonferenz abgegeben hat, sind von einem Teil der Presse in sensationeller Aufmachung wiedergegeben worden. Diese Tatsache nimmt heute die Reichsregierung zum Anlaß, festzustellen, daß sie ihrerseits die Rede durchaus nicht als so sensationell betrachten könne. Der Wortlaut der Rede gäbe ja auch keinen Anlaß, von neuen

schweren Angriffen Dr. Helds gegen die Reichsregierung zu sprechen. In sachlicher Hinsicht sei festzuhalten, daß Reichs- und preussische Regierung sich darüber einig sind, daß die dringend notwendige Reichs- und Verfassungsreform nicht auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung in Angriff genommen werden soll.

wie auf diesem Gebiet überhaupt alle Gewaltmaßnahmen vermieden werden sollen.

Der bayrische Ministerpräsident habe, was mit der Meinung der Reichsregierung vollkommen übereinstimme, hervorgehoben, daß erst dann, wenn die verfassungsmäßigen Organe, also Reichstag und Reichsrat, sich gegen die Reform wenden sollten, die Frage zu prüfen sei, ob die verfassungsmäßig gezogenen Grenzen überschritten werden müßten. Gerade gegenüber dem Verlus mancher Kreise, zwischen Bayern und dem Reich künstlich Zwiespalt zu stiften, müsse betont werden, daß hier also volle Übereinstimmung zwischen Berlin und München bestehe. Die Reichsregierung werde sich selbstverständlich an ihre den Ländern gegebenen Zusagen halten, ihnen die Entwürfe der Reformmaßnahmen vor Entscheidungen erst zur Begutachtung zuzuleiten. Im übrigen wird an den amtlichen Stellen ausdrücklich festgestellt, daß die Reichsregierung diese ihre Zusagen innegehalten und keine Maßnahmen getroffen habe, die die Verfassung angetastet oder die Struktur des Reiches verändert hätten. Das das Verhältnis von Reich und Preußen angehe, so habe die Reichsregierung das Recht und die Pflicht ausgeübt, die Politik des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken. Hierbei habe sie das Urteil des Staatsgerichtshofes vollkommen respektiert.

Die DMBP. in Bayern gegen Held

München, 3. Nov. Der Wirtschaftsausschuss der Deutschen Nationalen Volkspartei in Bayern hat aus Anlaß der schweren Angriffe, die der bayrische Ministerpräsident Dr. Held in Wahlversammlungen gegen die Reichsregierung richtete, eine Verlautbarung veröffentlicht. In der unter anderem lautet, Dr. Held habe die in seinem Amt als bayrischer Ministerpräsident abotene Sachlichkeit verlassen und als Parteimann einen Kampf gegen das Reichsausschüsse entfesselt, der weder der Einkünfte Bayerns auf die bevorstehende Reichsreform, noch den wohlverstandenen Interessen der bayrischen Wirtschaft dienlich sei. Voranstellung für die erfolgreiche Durchführung der bevorstehenden Aufbauarbeit sei, daß die vom Reichspräsidenten berufene Autoritätsregierung unterstützt werde.

Die kalte Dusche für Herriot in Madrid

Arsache: Das Anrecht von Versailles

Paris, 3. Nov. Die Erregung über die Zwischenfälle, die Herriots Spanienreise begleitet haben, hat sich noch nicht gelegt. „Republique“ fordert eine radikale Neubewertung verschiedener diplomatischer Vorkänge. Die Reise Herriots nach Madrid sei vom französischen Vorkriegsstand in Spanien ungenügend vorbereitet worden. Frankreich brauche wirkliche Vorkämpfer. Seit Jahren wisse man im Ausland, wie unzulänglich die französische Propaganda sei. Das müsse aufhören. „Victoire“ spricht von einer kalten Dusche, die Herriot in Madrid erhalten habe, verliert aber als einziges Blatt den Dingen auf den Grund zu gehen. Auch in Spanien, so schreibt das Blatt, sei man sich darüber klar, daß ohne eine deutsch-französische Annäherung eine wirtschaftliche und finanzielle Wiedergeburt der Welt nicht möglich sei. Es gebe keine Beruhigung und keine Entspannung in Deutschland.

solange gewisse Umpfunden des Versailler Vertrages nicht revidiert seien.

Von allen großen Siegesnationen strände sich heute nur noch Frankreich gegen eine Revision. Darin müsse man die Erklärung für die Madrider Kundgebung gegen Frankreich suchen.

Der Grund für den Rücktritt Jaleskis

Paris, 3. Nov. Der Rücktritt des polnischen Außenministers Jaleski und seine Erlegung durch den bisherigen Unterstaatssekretär im Außenministerium Oberst Beck wird von der Pariser Presse im allgemeinen dahin gedeutet,

daß eine Veränderung in der polnischen Außenpolitik nicht zu erwarten sei.

So erklärt das Organ Herriots, die „Re Nouvelle“, die Verantwortung mit der Radikale Jaleskis sei die beste Garantie für die Beständigkeit der polnischen Außenpolitik. „Echo de Paris“ findet allerdings die Ernennung des Obersten Beck, der im Februar der französischen Militärmission in Polen mit einer ausserordentlichen höchsten Stelle ein Ende gesetzt habe, bedenklich. In dem Augenblick, da Jaleski von der politischen Bühne abtrete, bestehe die Polemik zwischen Frankreich und Rußland. Dieses Zusammentreffen sei vielleicht nicht zufällig. „Echo de Paris“ befürchtet, daß die Regierungs-umbildung in Polen

eine weitere Spannung in den Beziehungen zwischen Frankreich und Polen

schaffen werde. — Der sozialistische „Populaire“ meint, die Abholung Jaleskis durch den Obersten Beck beweiße, daß die auswärtige Politik doch in eine aktive Phase eintrete und daß sie Verwicklungen an den politischen Grenzen, namentlich an den Dardanellen, zur Folge haben werde.

Zwischenlandung „Graf Zeppelin“ in Sevilla

Sevilla, 3. Nov. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ landete am Mittwoch um 17.45 Uhr auf dem Flugplatz von Sevilla und wurde von einer vielwunderswürdigen Menge begeistert begrüßt. Militärkapellen spielten das Deutschlandlied. Behörden, Handel und Industrie waren offiziell beim Empfang vertreten. Der Adjutant des Kriegsministers Xana, Oberleutnant Herrera, und der Stadtverordnetenvertreter von Sevilla, Casas, gingen an Bord des Luftschiffes, um die Fahrt bis Friedrichshafen mitzumachen.

Die Stadt Sevilla brachtigt, den Bau eines Flughafens für Zeppeline mit Regierungshilfe baldigst in Angriff zu nehmen.

Derthliches und Sächliches

Liste der Handel- und Gewerbetreibenden zur Stadtverordnetenwahl

Die Handel- und Gewerbetreibenden Dresdens haben eine verfassungsmäßige Wahlversammlung eingeleitet. Auf dem Stimmzettel trägt sie die Nummer 11. Die Kandidaten sind:

1. Otto Beyer, Stadt, Vorl. des Vereins der Lebensmittelhändler von Dresden und Umgebung e. V. und des Ein- und Verkaufvereins Dresdener Kolonialwaren- und Produktenhändler e. V. d. M.
2. Max Beyer, Stadt, Vorl. der Vereinigten Milch- und Butterhändler von Dresden und Umgebung e. V.
3. Hugo Gennig, Stadt, Mitglied der GEMA.
4. Josef Kunze, Stadt, Ehrenvorl. der Ortsgruppe Dresden im Verband deutscher Hingarenlandwirte e. V.
5. Ferdinand Dittmann, Vorl. der Vereinigung Dresdener Schreibwarenhändler.
6. Julius Konrad, Vorl. der Ortsgruppe Dresden im Verband deutscher Blumenzeitschriften e. V.
7. Paul Koppert, Vorstandsmitglied der Kreisgruppe Dresden im Reichsverband der Schokoladengeschäftsinhaber Deutschlands von 1906 e. V.
8. Wilhelm Döll, Vorl. des Vereins Dresdener Handelsvertreter e. V.
9. Kaspar Diefinger, Vorl. des Reichsverbandes für Badedienste, Ortsgruppe Dresden.
10. Richard Beyer, Vorstandsmitglied des Vereins Dresdener Anzeigengeschäftsinhaber e. V.
11. Johannes Weisberg, Vorsitzender des Verbandes sozialistischer Spezialgeschäfte Sachsen, S. B. Dresden.
12. Hermann Wilmann, Landtagsabg., Vorl. des Bezirksausschusses des Kleinhandels von Dresden und Umgebung e. V. und der Vereinigung Sächs. Kleinhandelsverbände e. V.

— Todesfall. Auf seinem Ruhestuhl in Oberlößnitz verstarb im Alter von fast 87 Jahren der frühere Zellhauer der weltbekannten Glasfabrik Iffnerbrunn A. Lange & Söhne und Senior des Hauses, Richard Lange. Der Entschlafene, der bis zuletzt regsten Anteil an dem Gedeihen der Firma genommen hat, war Urenkelvater der Stadt Glasfabrik.

— 60-Jähriger des Sächsischen Militär-Vereins-Bundes. Vom 7. bis 9. Juli 1933 wird der Sächsischer Militär-Vereins-Bund sein 60-jähriges Bestehen in großartiger Weise in der Landeshauptstadt Dresden begehen. Im Mittelpunkt der Tagung wird ein Vorkriegsmarsch der Bundesvereine aus sämtlichen Bezirken des Landes vor dem Schloßbrunn, Friedrich Christian, Herzog von Sachsen, stehen. Man rechnet mit einer Teilnahme von 25 000 alten Soldaten.

— Feuer entweicht. Ein Wächter der Dresdener Wagh- und Schützengesellschaft u. d. d. bemerkte in der vergangenen Nacht kurz nach 24 Uhr auf seinem Kontrollgang im Industriehof Rauchentwicklung eines Waghbaus, der sich unmittelbar an einem Lagerhaus befand. Bei dem Versuch, das Feuer zu erlösen, entwickelte sich eine heftige Feuergefahr, die den Wächter zwang, die Feuerwehre zu alarmieren, die vierzig Minuten mit dem Löscharbeiten beschäftigt war.

— Christlichsozialer Volksdienst. Freitag 20 Uhr im Rantierhaus. Christlicher P. Schmidt, Rast, über „Wach auf, du evangelisches Volk“; Hochschulpfarrer D. Deibel über „Das deutsche Volk und sein Volk“.

— Indische Händel in Dresden. Am Freitag (16.) und Donnerstag (17. November) 20 Uhr finden in der Ausstellung zwei Musikspiele von S. H. S. mit S. H. S. und seiner Orchestergruppe statt. Das neue Programm bringt indische Märchen, Dramen und Legenden sowie jahrausendalte Tempeltänze. — Karten bei G. Ried, Seestraße 21.

Der Zwischenfall im Nordprozess Kriebel

In dem Bestanden des Landgerichtsrats Schreier, der bei der gestrigen Urteilsberatung von einer schweren Ohnmacht befallen wurde, trat bald eine Besserung ein, so daß er mit dem Kraftwagen in seine Wohnung gebracht werden konnte. Sein augenblicklicher Zustand gibt zu Befürchtungen keinen Anlaß. Wie verlautet, hatte das Schwurgericht bei Eintritt des Zwischenfalles die Urteilsberatung so gut wie beendet und die Verhandlung des Urteils stand unmittelbar bevor.

Der Termin für die Verhandlung des Urteils ist zunächst auf Dienstag, den 8. November, 12 Uhr mittags, anberaumt worden. Die gefällige Höchstfrist für die Ausführung einer Hauptverhandlung beträgt nach den Bestimmungen der neuen Notverordnung an sich ein Tag. Da die Urteilsberatung einen Bestandteil der Hauptverhandlung bildet, dürften diese Bestimmungen auch für den vorliegenden Fall Geltung haben. Danach kann also die Verhandlung der Beratung im äußersten Fall bis zum 18. November hinausgeschoben werden. Falls Pandraichtsrat Schreier bis auf diesem Zeitpunkt nicht wiederhergestellt ist, würde voraussichtlich der gesamte Prozeß von Anfang bis Ende neu verhandelt werden müssen.

Kunst und Wissenschaft

Ein offener Wunsch für die Technische Hochschule

Aus studentischen Kreisen wird uns geschrieben:

Wittert man im Vorlesungsverzeichnis der Dresdener Technischen Hochschule, so ist man erstaunt, was alles hier gelehrt wird und meist auch bis zum Abschluß studiert werden kann. Viele gegen die banale Einseitigkeit des Kurzfachwissens gerichtete wertvolle Vielfaltigkeit fällt besonders auf, wenn man einmal über das in der „Mathematisch-naturwissenschaftlichen“ und in der „Kulturwissenschaftlichen Abteilung“ so reichhaltig Gebotene nachsieht. Bakteriologie, Botanik, Erdkunde, Geologie, Oxygene, Mathematik, Menschenkunde, Meteorologie, Mineralogie, Physik und Zoologie, nicht zu vergessen Anthropologie und Ethnographie hier und alle europäischen, ja selbst chinesische Sprache, Literatur, Kunst und alle möglichen geisteswissenschaftlichen Disziplinen dort sind mit den großen Namen weit- und weltbekannter Lehrer vertreten. Eine aber fehlt! Und das ist um so verwunderlicher und bedauerlicher, als sie ganz eng gerade mit unserer sächsischen, ja mit unserer näheren Dresdener Heimat verbunden ist: die Vorgeschichte, die Prähistorie.

Wir Dresdener besitzen im Zwinger ein Museum für alle die Denkmäler vorgeschichtlicher Tage unserer Heimat. Ueberall, im Reichsrand, in der sächsischen Lausitz, ja besonders auch eng um Dresden herum und in Dresden selbst (man denke nur an die Fundstätten in Gotta, Coblenz und Strahlen, an die „Delbentanz von Gotsch“, an Pesterwitz und an die Funde im Tharandter Forstgarten, ganz besonders aber an die von Gwaryn!) werden summe Zeugen dieser Völker unserer Vorzeit, ihres Lebens und ihrer Kunst gefunden. Und wie viele Wertvolle und oft unerforschliche geist der Wissenschaft heute leider noch durch Unkenntnis und Teilnahmslosigkeit der unansehnlichen Funder für immer verloren! Wie viele Urnen werden heute noch zertrümmert, weil der Finder sich in den Besitz des seiner Meinung nach darin enthaltenen „Goldes“ setzen will, wie viele Geräte seiner Tage werden heute noch achtlos zerbrochen und weggeworfen!

Auffklärung in diesen Dingen, Ausbildung von Leuten zu diesem Zweck, die über das ganze sächsische Deimalland verteilt sind, ist bitter notwendig. Die über das ganze Land verteilten Leute, die diese Aufklärung in die breitesten Schichten des Volkes tragen sollen, sind die Lehrer der natur-

wissenschaftlichen Disziplinen, deren Ausbildung, insbesondere die der Volksschullehrer, zu einem großen Teile ja an der Dresdener Technischen Hochschule für Sachsen erfolgt.

Der in Leipzig vorgebildete Lehrer hat ja dort die Möglichkeit, sich in Vorkurschritten zu bilden, der aus Dresden nicht. Wie viele heimische Studenten sind aber an Dresden gebunden und können in dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges niemals daran denken, die Hochschule zu wechseln? Es ist nötig, daß das Volkswissen um die Erhaltung und wissenschaftliche Auswertung dieser Dokumente des vorgeschichtlichen Sachsen und Deutschland und ihrer einzigen Bewahrer weit hinein in das Volk und auch unter die werdenden Akademiker getragen wird. Es ist wichtig für sie, zu wissen, was Stein-, Bronze- und Eisenzeit ist, welche Völkerstämme, deren Blut in den Adern unserer Bevölkerung fließt, auch heute noch in den Adern unserer Bevölkerung fließt, einst vor und auf dem heimatischen Grund und Boden gelebt haben. Es ist aber vor allem auch wichtig, daß den Dresdener Studierenden in praktischen Übungen fortgesetzt wird, was systematische, aufschlußgebende und richtige Fundamente sind und wie etwa gemacht wurde richtig und exakt katalogisiert werden, damit sie der Wissenschaft jederzeit zur Bearbeitung bereitstehen.

Wir haben gerade hier an unserer Technischen Hochschule in den verschiedenen Abteilungen, besonders aber an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, die mannigfaltigsten Vorkurse, für die das sächsische Ministerium für Volksbildung verdienten Nachhilfe mit der Abhaltung von Vorlesungen und Übungen beauftragt hat. An verdienten Fachleuten auf dem Gebiete der Prähistorie ist gerade in Dresden kein Mangel. Ein entsprechender Lehrstuhltrag verpächte der Heimatforschung und Volksbildung herrliche Früchte zu tragen. Ein Vektorat für Prähistorie in Dresden, das wäre ein wertvoller Dienst an einer unserer Vaterlande eng verbundenen Wissenschaft und gleichzeitig auch ein wertvoller Dienst an unserer Heimat. Gans P. B. S. H., Pesterwitz.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater

Das 2. Sinfonieorchester der Reihe A am Freitag (4.), musikalische Leitung Fritz Busch, bringt in seinem Programm zwei Erkaufstellungen: In der Bearbeitung von Fritz Stein die Sonata Pina e. s. o. r. t. o. des Alt-Venetianers G. Gabrieli, deren passiole Gestaltung die Mitwirkung sämtlicher Bläser der Staatskapelle erfordert, ferner A. Cappella-Chöre von Orlando di Lasso, Thomas Weelkes und Gioacchino de Wert, gelungen vom Kreischor, der unter Leitung seines

Kantors Rudolf Mauersberger zum ersten Male in den Sinfonieorchestern der Staatskapelle auftritt. Statt der S. H. S. Suite von Busch spielt Kammermusik Fritz Ruder das Konzert für Violine und Orchester von W. A. Mozart in D-Dur (K. 414, Vera. Nr. 114). Den Beschluß bildet die Violoncell-Sonate von Beethoven. Anfang 7 1/2 Uhr. — Desfallsige Hauptprobe vormittags 11 1/2 Uhr. — Eintrittskarten für das Sinfonieorchester sind für alle Platzgattungen an der Opernhauskassa zu haben.

Sonabend (5.), außer Anrecht: Der Jägerbaron von Johann Strauß mit Orchester aus Vindobona, Ermold, Angela Polinat, Josef v. Schuch, Dittich, Schmalnauer, Büchel, Tänze mit Sidde Schlieben, Reppach und Tanzgruppe. Musikalische Leitung: Schlegler; Spielleitung: Stagemann. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag (6.), außer Anrecht: Richard Wagners „Siegfried“ mit Tauber in der Titelpartie, Plafsch, Ermold, Feldner, Böhm, Eugenie Burghardt, Helene Jung und Angela Polinat. Musikalische Leitung: Busch; Spielleitung: Zaum. Anfang 8 1/2 Uhr.

Die letzte Aufführung des Ridelungentringes: „Götterdämmerung“ folgt Sonntag (20.) unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Fritz Busch.

— Vereinigung der Freunde Deutscher Kunst. Nächsten Sonnabend, 8 Uhr, im großen Kaufmannshaus: Nordischer Abend in Ton und Wort. Mitwirkende: Gretel Oona (Sprach), Erika Elemen (Vergeltung der Göttergötter), Hans Emil-Georg (Vortrag), Emil Gwinn (Hörsel), Hans Richter-Gaule (Klavier), Nordische Volkstänzer und Balladen, Eberhard der Edda, Berde für Violon-Gecko und Klavier von Johan N. Sembien und Eberhard Berg. Vorverkauf Ausschreibung Salze & Wahl.

— Gerechtigkeit-Gesellschaft. Am 20. Geburtsstag Gerhard Hauptmanns spricht Otto Bernheim nächsten Sonnabend abends 8 Uhr, im Darmontelhof des Dichters neueres Werk „Die Götter auf Achenhorst“. Das Werk schildert ein Dresdener Jugendberühmte des Dichters. Karten nur bei v. Horn & Jansen, Wallenbergstr. 10.

— Philosophische Vorträge. Unter dem Titel „Wozu Denken?“ veranstaltet der hier seit Jahren bekannte und geschätzte Professor der Philosophie an der Universität Gießen, Dr. Dornseifer, vier Vorträge, die auch dem nicht philosophisch Gebildeten einen Einblick geben sollen in die Lehren der griechischen Weltweisheit. Gleichzeitig will aber der Vortragende die Bestimmungen dieser Lehren zur Weltanschauung der Gegenwart darlegen. Welche Ziele erreichte Dr. Dornseifer durch die Mitarbeit seiner Darstellung und die Fähigkeit zu großer Ueberflutung in seinem ersten Vortrag, der die ältesten Denker behandelt, in hervorragender Weise. Er zeigte, wie diese sich zunächst

